

29. I. 1919

Gegen den Steuerterror.**Schaffung einer Beschwerdestelle.**

Wie von gut informierter Seite verlautet, besteht die Absicht, die Beschwerden der Steuerzahler auf ihre Richtigkeit zu prüfen und zu diesem Behufe im Staatsamt für Finanzen eine Amtsstelle einzurichten, die aus sachverständigen und in Steuerfragen versierten Beamten bestehen wird und der auch Vertreter aus den Kreisen der Geschäftswelt beigezogen werden sollen. Dieses Bureau wird die Aufgabe haben, eine gerechte unparteiische Prüfung aller Beschwerden in Steuerfällen durchzuführen und den Beschwerden, die sich als gerecht herausstellen, Rechnung zu tragen. Dieses Amt ist nicht nur für den Augenblick gedacht, sondern es wird auch in Zukunft zu funktionieren haben.

Der Vorschlag zur Bildung einer solchen Beschwerdestelle wird dem Staatsrat und dem Kabinettsrat vorgelegt werden, und nach der zu erwartenden Zustimmung wird die Einrichtung durchgeführt werden. Selbstverständlich wird dieses Bureau das Amtsgeheimnis zu wahren haben, so daß die Geschäftsleute auch in diesem Punkte das größte Vertrauen dem neuen Amt entgegenbringen können.

Eine Protestkundgebung der Zuckerbäcker.

Der Meisterverein der Wiener Zuckerbäcker berief für gestern nachmittags eine Protestversammlung gegen die Art der Steuervorschreibungen und Eintreibungen ein.

Der Referent, Vorsteher Josef Rosenberger, widmete zunächst dem ersten Opfer der Steinwenderschen Steuerpraxis aus dem Zuckerbäckergerwerbe Ludwig v. Bartisch einen Nachruf. In seinen weiteren Ausführungen

wies Redner den Vorwurf Steinwenders zurück, daß die Zuckerbäcker zu jenen Geschäftsleuten gehören, die sich ihrer Staatsbürgerpflicht entziehen. Zur Kritik der Steuerpraxis übergehend, brachte Redner sodann ein Schreiben eines bekannten Wiener Zuckerbäckers zur Verlesung, der erklärte, daß er, der nur mit drei Gehilfen arbeitet, eine Steuer von 240.000 Kronen bezahlen solle und mit seiner Familie an den Bettelstab gebracht wäre, wenn diese Steuervorschreibung, die seinem tatsächlichen Einkommen direkt hohnspricht, aufrecht bleibt. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Es sei dies nicht die einzige Beschwerde gegen die den Gewerbebestand direkt vernichtende Steuerpraxis, die in der Genossenschaft eingelangt sei. Redner könne noch eine ganze Reihe solcher haarsträubender Fälle vorbringen.

Redner beantragte im Anschluß an seine Ausführungen eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte.

An die Resolution knüpfte sich eine äußerst erregte Debatte, in der Staatsrat Friedmann als erster das Wort ergriff und einleitend bemerkte, daß jener, der behauptet, daß er (Friedmann) für das Steuergesetz eingetreten sei, lüge. Er und Staatsrat Dr. Licht haben gleich von Anfang an die schwersten Bedenken gegen dieses Gesetz geäußert und erklärt, daß in dieser Zeit, wo keine Kohlen, keine Rohmaterialien vorhanden sind, in einer Zeit, wo man sich über den Wert der Kreditsanleihen klar ist, es nicht angehe, die Steuerschraube derart anzuziehen. Es gehört viel Stirn dazu, wenn Herr Steinwender es zu behaupten wagt, man habe seine Vorlage unterstützt. Offenbar will er sich der Verantwortung entziehen. Staatsrat Friedmann zitierte hierauf aus dem stenographischen Protokoll über die Sitzung der Rationalversammlung, in der das Gesetz beschlossen wurde, mehrere Stellen, aus denen hervorgeht, daß in der Debatte außer Steinwender und dem sozialdemokratischen Berichterstatter nur er gesprochen und gegen das Gesetz Stellung genommen habe. Redner bemerkte schließlich, daß die Steuerbeamten, die derart rücksichtslos Steuervorschreibungen machten, zur Verantwortung gezogen werden sollten.

Vorsteher Rosenberger nahm schließlich in scharfen Worten gegen den Finanzlandesdirektor Kockstein Stellung, der der eigentliche Urheber des Steuergesetzes gewesen sei.